

Presse(un)freiheit

AMNESTY
INTERNATIONAL



Ausgabe anlässlich des Tages der Pressefreiheit am 03.05.2021
und der Woche der Meinungsfreiheit vom 03.05.2021 bis 10.05.2021



© Amnesty International

Pressefreiheit – ein Grundrecht nach der UN-Menschenrechtskonvention

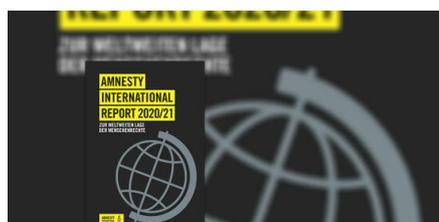
Überall auf der Welt werden Menschen angegriffen, verhaftet oder gar getötet, weil sie von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen. Besonders Journalist_innen, Autor_innen, Blogger_innen, aber auch Anwalt_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen sind gefährdet und geraten rasch ins Visier der Behörden. Eine offene und kritische Pressearbeit ist nicht möglich und wird mit Verboten sowie Zensur unterbunden.

Nach Artikel 19 der UN-Menschenrechtskonvention hat jeder Mensch ein Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert zu äußern sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aber auch in Deutschland kommt es vermehrt zu Übergriffen auf Journalist_innen, die ihrer Arbeit nachgehen. Diese Übergriffe finden jedoch nicht vom Staat statt, sondern von Demonstrationsteilnehmer_innen.

Auch die Corona-Pandemie wurde genutzt, um das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken. Dies erfolgte auch in Europa, was aus dem aktuellen Amnesty-Report für das Jahr 2020 hervorgeht.

Während zeitnahe, korrekte und wissenschaftsbasierte Informationen im Kampf gegen die Pandemie dringend benötigt wurden, verhängten mehrere Regierungen ungerechtfertigte Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung und den Zugang zu Informationen. In Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Kasachstan, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Tadschikistan, der Türkei, Turkmenistan, Ungarn und Usbekistan missbrauchten Regierungen bestehende und neue Gesetze, um das Recht auf freie Meinungsäußerung zu beschneiden.



© Amnesty International

Regierungen ergriffen nur unzureichende Maßnahmen, um Journalist_innen und Whistleblower_innen zu schützen, darunter auch Beschäftigte im Gesundheitswesen. Zudem nahmen sie Personen ins Visier, die den Umgang der Behörden mit Covid-19 kritisierten. Dies war der Fall in Albanien, Armenien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kasachstan, Kosovo, Polen, Russland, Serbien, der Türkei, der Ukraine, Ungarn und Usbekistan. In Tadschikistan und Turkmenistan wagten es Beschäftigte im Gesundheitswesen und in anderen systemrelevanten Berufen nicht, gegen die bereits gravierenden Beschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu protestieren. In der Türkei setzte die Regierung "Troll-Armeen" ein, verhängte Online-Restriktionen und sorgte gezielt für die Weiterleitung auf bestimmte Internetseiten, um von anderen Websites, Accounts und unerwünschten Informationen abzulenken.



Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen aktuelle Fälle von Journalist_innen vor, die auf Grund ihrer Arbeit verfolgt werden, im Gefängnis sitzen bzw. bedroht werden. Leider ist dies nur eine kleine Auswahl.

Journalist Kilwe Adan Farah in Somalia seit dem 27. Dezember 2020 in Haft

Der freiberufliche Journalist Kilwe Adan Farah befindet sich seit dem 27. Dezember 2020 im somalischen Bundesstaat Puntland in Haft. Er wurde festgenommen und unter anderem wegen "Veröffentlichung falscher Nachrichten" und "Herabwürdigung der Nation oder des Staates" angeklagt, nachdem er über Proteste gegen die Misswirtschaft der Regierung berichtet hatte. Am 3. März wurde er trotz mangelnder Beweise von einem Militärgericht zu drei Monaten Haft verurteilt. Die Behörden müssen die haltlosen Vorwürfe gegen Kilwe Adan Farah fallen lassen und ihn umgehend und bedingungslos freilassen.

Kritik wird verboten!

Journalist Ibraimo Abú Mbaruco wurde Opfer des Verschwindenlassens in Mosambik

Am 7. April kehrte Ibraimo Abú Mbaruco nach der Arbeit nicht nach Hause zurück. Armeeangehörige näherten sich dem Radiojournalisten, nachdem er den Sender im nordmosambikanischen Palma verlassen hatte. Seither fehlt jede Spur von ihm. Seine Familie und Kolleg_innen befürchten, dass das Militär ihn willkürlich inhaftiert hat.

Örtlichen Berichten zufolge wurde der Journalist des Lokalradios Palma Community Radio, Ibraimo Abú Mbaruco, am 7. April 2020 von Armeeangehörigen im Bezirk Palma in der Provinz Cabo Delgado willkürlich festgenommen. Er war gegen 18 Uhr mit dem Motorrad auf dem Weg nach Hause, als sich ihm Angehörige des Militärs genähert haben sollen. Er hatte noch Gelegenheit, einem Kollegen eine

Textnachricht zu senden, ehe sie ihn mitnahmen: „Ich werde von Militärs angehalten, ruf mich an“. Seither hat ihn niemand mehr gesehen oder von ihm gehört und sein Aufenthaltsort ist nicht bekannt.

Die Familie reichte zusammen mit den Kolleg_innen Beschwerde wegen Verschwindenlassens bei der Bezirksverwaltung Palma und der Bezirksleitung der Polizei von Mosambik ein. Bislang haben die Behörden darauf nicht reagiert. Am 14. April reichte die Familie einen Antrag bei der Staatsanwaltschaft der Provinz Cabo Delgado ein und forderte sie auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Freilassung von Ibraimo Abú Mbaruco zu erwirken. Unterstützt sie dabei und beteiligt euch an der aktuellen Urgent Action. Verbreitet die UA bitte auch in euren Netzwerken!



© Amnesty International



Schriftsteller Mashtaq Ahmed in Bangladesch in Haft gestorben

Der Karikaturist Ahmed Kabir Kishore und der Schriftsteller Mushtaq Ahmed wurden im Mai 2020 wegen der Veröffentlichung satirischer Karikaturen und kritischer Kommentare zum Umgang der bangladeschischen Regierung mit der Corona-Pandemie inhaftiert. Mushtaq Ahmed starb am 25. Februar 2021 im Gefängnis. Ahmed Kabir Kishore, der eine Woche nach dem Tod von Mushtaq Ahmed gegen Kautionshaft freigelassen wurde, erlitt in Haft Verletzungen, die seinen Angaben zufolge durch Folter verursacht wurden.

Prozessauftakt gegen den Journalisten Oma Radi in Marokko



© Fanny Hedenmo

Am 23. März setzte ein Untersuchungsgericht den Termin für den Prozessauftakt fest: Am 6. April soll die Gerichtsverhandlung gegen den marokkanischen Investigativjournalisten Omar Radi beginnen. Der erklärte Kritiker der Menschenrechtsbilanz der Regierung wird seit neun Monaten im Oukacha-Gefängnis in Casablanca in Untersuchungshaft festgehalten. Die Vorwürfe gegen Omar Radi lauten "Gefährdung der Staatssicherheit" und "Vergewaltigung". Im Juni 2020 hatte ein Bericht von Amnesty International offengelegt, dass die Behörden das Telefon von Omar Radi rechtswidrig abhörten. Einen Monat später wurde der Journalist festgenommen.

Khaled Drareni in Algerien wegen unabhängiger Berichterstattung verhaftet



© Private

Khaled Drareni ist ein unabhängiger Journalist, der 2019 bei den weitreichenden Protesten in Algerien dabei war und über die Hirak-Bewegung berichtete. Diese Bewegung setzt sich für Freiheit und Gleichheit sowie gegen Korruption und Repression ein. Als einer der Ersten schrieb Khaled Drareni über die wöchentlichen Demonstrationen der Hirak-Bewegung und dokumentierte die exzessive Polizeigewalt gegen die Protestierenden. So geriet er ins Visier der Behörden und wurde wiederholt inhaftiert.

Am 27. März 2020 wurde der Journalist erneut festgenommen und der "Anstiftung zu einer unbewaffneten Versammlung" bezichtigt, obwohl er lediglich seine Arbeit als Journalist ausgeführt und keine Straftat begangen hatte. Am 10. August 2020 verurteilte ihn ein Gericht in Algiers zu drei Jahren Haft, wobei die Strafe in der Berufungsverhandlung am 15. September 2020 auf zwei Jahre reduziert wurde. Khaled Drareni und andere Journalist_innen, Aktivist_innen, Oppositionelle und Protestierende sind allein deswegen inhaftiert, weil sie ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben. Diese Festnahmen sollen Demonstrierende, politisch Aktive und zivilgesellschaftlich engagierte Personen einschüchtern und ein klares Signal senden: Wer die Regierung kritisiert, wird bestraft.

Unsere Aktionen hatten Erfolg, am 19. Februar 2021 wurde Khaled Drareni freigesetzt.



Philippinische Journalistin Maria Ressa schuldig gesprochen

Am 15. Juni 2020 wurden die Chefredakteurin der Nachrichtenwebsite *Rappler*, Maria Ressa, und der ehemalige *Rappler*-Mitarbeiter Reynaldo Santos Jr. wegen Verleumdung im Internet schuldig gesprochen. Ihnen drohen Haftstrafen von bis zu sechs Jahren.

Sie sind damit die ersten Journalist_innen auf den Philippinen, die wegen dieser Straftat verurteilt wurden. Das Urteil bezieht sich auf eine kritische Reportage von Reynaldo Santos Jr., die bereits Monate vor der Einführung des Gesetzes gegen Internetkriminalität, unter dem die beiden verurteilt wurden, veröffentlicht worden war. Gegen Maria Ressa sind seit 2018 acht Strafverfahren eröffnet worden, gegen weitere Mitarbeiter_innen von *Rappler* insgesamt elf.

Seit Rodrigo Duterte 2016 zum Präsidenten gewählt wurde, hat *Rappler* regelmäßig darauf aufmerksam gemacht, was der von ihm ausgerufene "Kampf gegen Drogen" wirklich bedeutet: Tausende in Armut lebende Menschen sind in diesem "Kampf" rechtswidrig getötet worden. Durch ihre kontinuierliche Berichterstattung über diese Menschenrechtsverletzungen sind Maria Ressa und ihre Kolleg_innen zur Zielscheibe der philippinischen Behörden geworden.

Journalist und Demokratieverfechter Itai Dzamara in Harare, der Hauptstadt Simbabwes, verschleppt



© Kumbirai Mafunda/ZLHR

Am Morgen des 9. März 2015 wurde der Journalist und Demokratieverfechter Itai Dzamara in Harare, der Hauptstadt Simbabwes, verschleppt. Während eines Frisörbesuchs im Vorort Glen View beschuldigten ihn fünf Männer, Vieh gestohlen zu haben. Sie legten ihm Handschellen an und fuhren ihn in einem weißen Lieferwagen davon. Sein Aufenthaltsort ist bis heute unbekannt.

Itai Dzamara hatte am 7. März 2015 an einer Demonstration der Oppositionsbewegung Movement for Democratic Change (MDC-T) in Harare teilgenommen, bei der er dazu aufrief, in einer Massenaktion auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation Simbabwes aufmerksam zu machen. Als Leiter der Protestbewegung Occupy Africa Unity Square hatte Itai Dzamara im Oktober 2014 eine Petition beim simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe eingereicht, die ihn aufforderte, zurückzutreten und den Weg für Neuwahlen freizumachen. Für sein Engagement wurde Itai Dzamara bereits in der Vergangenheit willkürlich festgenommen und sowohl von Beamten_innen des Staatssicherheitsapparates als auch von Mitgliedern der Regierungspartei ZANU-PF brutal geschlagen. Die Versuche seiner Familie und von Menschenrechtsanwält_innen, seinen Aufenthaltsort zu ermitteln, schlugen bislang fehl.

Oumar Sylla festgenommen (Guinea)



© Private

Oumar Sylla, auch bekannt als Foniké Mengué, ist Demokratie-Aktivist und Mobilisierungskordinator für das prodemokratische Bündnis Front national pour la défense de la Constitution (FNDC). Er wurde im April 2020 vor seinem Haus in der Hauptstadt Conakry



festgenommen. Zuvor hatte der Aktivist in einer Radiosendung zu Demonstrationen gegen die von der Regierung geplante Verfassungsreform aufgerufen und auf die Tötung, Folterung, willkürliche Inhaftierung und Schikane von FNDC-Mitgliedern aufmerksam gemacht. Im August wurde er freigelassen, nachdem das Gericht alle Anklagen gegen ihn fallengelassen hatte. Doch nur einen Monat später, am 29. September 2020, wurde er erneut festgenommen, als er mit einem Freund auf Mobilisierungstour war. Die beiden fuhren auf dem Motorrad durch ein Stadtviertel, um die Bevölkerung zu einer Protestveranstaltung einzuladen, die sich gegen die erneute Kandidatur des Präsidenten Alpha Condé richtete. Er weigerte sich, mit den Polizist_innen mitzugehen, weil sie keinen Haftbefehl vorweisen konnten. Die Beamt_innen zerrissen sein T-Shirt und seine Maske und verletzten ihn während der Festnahme. Man warf ihm die folgenden konstruierten Anklagen vor: „illegale Versammlung“, „Störung der öffentlichen Ordnung“, „Zerstörung öffentlichen Eigentums“ und „Gefährdung der Staatssicherheit“. Die Anklageschrift wurde jedoch später geändert.

Im Dezember trat Oumar Sylla aus Protest in den Hungerstreik, da auch nach mehreren Monaten Haft noch nicht einmal ein Termin für seine Gerichtsanhörung festgelegt war. Am 28. Januar 2021 schließlich wurde er wegen „Teilnahme an einer unerlaubten Versammlung, die die öffentliche Ordnung stören könnte“ zu 11 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Das kann ich persönlich gegen die Verletzung der Pressefreiheit tun:

Urgent Actions

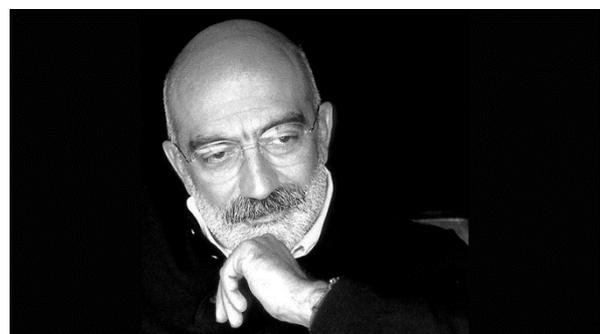
"Urgent Actions" (Eilaktionen) sind ein effektiver Weg, um akut bedrohten Menschen das Leben zu retten. Sie sind die denkbar schnellste Form der Intervention: Wenn Amnesty International von willkürlichen Festnahmen, Morddrohungen, Verschwindenlassen, Folterungen oder bevorstehenden Hinrichtungen erfährt, startet die Organisation eine Urgent Action.

Binnen weniger Stunden tritt ein Netzwerk von fast 80.000 Menschen in 85 Ländern (in Deutschland 10.000) in Aktion: Diese Aktivist_innen appellieren per Fax, E-Mail, Twitternachricht, Facebook-Posting oder Luftpostbrief an die Behörden der Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden. Bei den Adressat_innen gehen Tausende von Appellschreiben aus aller Welt ein. Es ist dieser rasche und massive Protest, der immer wieder Menschenleben schützt.

Unzählige Personen – von China bis Chile, von Syrien bis Simbabwe – konnten seit der ersten Urgent Action im Jahr 1973 gerettet werden. Allein im Jahr 2017 hat Amnesty International fast 300 neue Eilaktionen gestartet – etwa 30 Prozent davon zogen positive Meldungen nach sich: Freilassungen, Haftverlängerungen, die Aufhebung von Todesurteilen oder auch Anklagen gegen die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen.

Urgent Actions sind effektiv, wie unsere Erfolge zeigen:

Der türkische Journalist Ahmet Altan wurde am 14. April 2021 aus der Haft entlassen. Markus N. Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland, erinnert an weitere zu Unrecht inhaftierte Journalist_innen sowie Aktivist_innen.



© Private

"Mehr als vier Jahre lang hat die türkische Regierung Ahmet Altan willkürlich und zu Unrecht seiner Freiheit beraubt. Dass er das Gefängnis nun endlich verlassen durfte, ist eine gute Nachricht, und zeigt, wie wichtig internationaler Druck ist. Dieser Druck auf die Türkei, Menschenrechte und Meinungsfreiheit wieder



zu achten, muss verstärkt werden. In den vergangenen Wochen ist die türkische Regierung wiederholt gegen friedliche Kritikerinnen und Kritiker vorgegangen. Die Behörden nutzen weiter rein politisch motivierte Prozesse, die alle rechtsstaatlichen Standards ignorieren, und lässt Menschen willkürlich verhaften, die Kritik oder Unmut äußern", sagt Markus N. Beeko.

"Eine 'Normalisierung' der Zusammenarbeit mit der Türkei muss stärker mit der Einhaltung der Menschenrechte verknüpft werden. Die Europäische Union und die Bundesregierung bleiben gefordert, sich weiter deutlich für mutige Stimmen wie Eren Keskin, den Kulturförderer Osman Kavala und die mindestens 70 inhaftierten Journalistinnen und Journalisten einzusetzen. Der Ehrenvorsitzende der türkischen Amnesty-Sektion, Taner Kiliç, wurde mit einer völlig haltlosen Begründung zu mehr als sechs Jahren Haft verurteilt. Amnesty International hofft, dass das Berufungsgericht auch dieses Unrechtsurteil bald aufheben wird."



© Amnesty International

Präsident begnadigt Journalist_innen in Burundi

Diese Urgent Action ist beendet.



© Iwacu

Bereits am 24. Dezember 2020 wurden die vier Journalist_innen Agnès Ndirubusa, Christine Kamikazi, Egide Harerimana und Tércence Mpoenzi freigelassen. Einen Tag zuvor hatte sie der Präsident von Burundi begnadigt. Die vier waren am 22. Oktober 2019 in der Provinz Bubanza willkürlich festgenommen worden, wo sie über gemeldete Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und einer bewaffneten Gruppe berichten wollten. Alle vier arbeiten für *Iwacu* – eines der wenigen unabhängigen Nachrichtenportale, die noch in Burundi tätig sind.

Der kubanische Rechtsanwalt und Journalist Roberto de Jesús Quiñones Haces ist frei!

Der kubanische Rechtsanwalt und Journalist Roberto de Jesús Quiñones Haces kam am 4. September 2020 aus dem Gefängnis frei, nachdem er seine einjährige Haftstrafe verbüßt hatte. Obwohl es gute Neuigkeiten sind, dass er endlich wieder zuhause ist, hätte Roberto de Jesús Quiñones Haces nie verurteilt und inhaftiert werden dürfen, nur weil er seine Meinung geäußert hat. Amnesty International wird die Situation auch nach seiner Freilassung weiterhin genau beobachten.

Roberto de Jesús Quiñones Haces, Rechtsanwalt und Journalist bei der Nachrichtenwebsite *Cubanet*, wurde im August 2019 vor dem Stadtgericht in Guantánamo wegen "Widerstand" und "Ungehorsam" zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Er kam in Haft und wurde am 4. September 2020 wieder freigelassen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis bedankte er sich bei Amnesty International für die Unterstützung und die engagierte Arbeit für ihn. Roberto de Jesús Quiñones Haces betonte noch einmal, dass er auch weiterhin für den unabhängigen Journalismus und das Recht auf freie Meinungsäußerung in Kuba kämpfen wird.



Briefe gegen Vergessen - Gib einem Gefangenen Hoffnung, schreib einen Brief!



© Amnesty International

Amnesty mit Aktionen, Appellbriefen und Dokumentationen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt.

Täglich werden Menschen weltweit festgenommen, bedroht, gefoltert, getötet. Weil sie ihre Meinung sagen, sich für die Menschenrechte in ihrem Land einsetzen oder mit friedlichen Mitteln ihre Regierung kritisieren. Gewaltlose politische Gefangene verschwinden oft für Jahre hinter Gittern - ohne faires Gerichtsverfahren und unter unterschiedlich schwierigen Haftbedingungen. Die Gefahr, dass sie vergessen werden, ist groß. Darum brauchen sie unseren Schutz, unsere Solidarität, unseren Einsatz!

Aus diesem Grund startet Amnesty International sogenannte "Briefe gegen das Vergessen". Sie geben den Gefangenen Hoffnung und zeigen den Verantwortlichen, dass die Gefangenen nicht in Vergessenheit geraten sind. Die "Briefe gegen das Vergessen" wirken durch ihre enorme Anzahl.

Wir brauchen deine Unterstützung. Gegen das Vergessen. Beteilige dich an den Briefen gegen das Vergessen!

Informationen zu aktuellen Urgent Action und Briefe gegen das Vergessen erhalten Sie unter www.amnesty.de (Rubrik: Mitmachen)

**Amnesty International– Wer sind wir?
Wofür stehen wir?**

Amnesty International ist die weltgrößte Menschenrechtsorganisation, deren Ziel die dauerhafte weltweite Einhaltung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Grundrechte aller Menschen ist. Seit der Gründung im Jahr 1961 kämpft



© Amnesty International

Impressum:

Amnesty International Deutschland e. V.
Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
Website: www.amnesty.de
Twitter: twitter.com/amnesty.de
SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFSWDE33XXX
Redaktion: Thomas Tröltzsch, Aktionsreferent
Bezirk Sachsen